

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung  
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT  
mit Antwort der Landesregierung**

Anfrage des Abgeordneten Stephan Bothe (AfD)

Antwort des Ministeriums für Inneres und Sport namens der Landesregierung

**Sachschäden durch Linksextremisten in Niedersachsen**

Anfrage des Abgeordneten Stephan Bothe (AfD), eingegangen am 06.06.2023 - Drs. 19/1540  
an die Staatskanzlei übersandt am 08.06.2023

Antwort des Ministeriums für Inneres und Sport namens der Landesregierung vom 11.07.2023

**Vorbemerkung des Abgeordneten**

Im Februar dieses Jahres hatten Linksextremisten angekündigt, für jedes Haftjahr, das ein Straftäter aus ihren Reihen im Gefängnis verbüßen muss, sowie für jede Razzia, die in ihrem Umfeld durchgeführt wird, bundesweit Sachschäden in Höhe von 1 Million Euro zu verursachen<sup>1</sup>.

Nach der Urteilsverkündung im Prozess um die linksextremistische kriminelle Vereinigung, deren Mitglieder bzw. Unterstützer u. a. wegen mehrfacher gefährlicher Körperverletzungen am 31.05.2023 verurteilt worden waren, wurden diese Drohungen insbesondere für den von der linksextremistischen Szene als „Tag X“ bezeichneten Sonnabend (03.06.2023) noch einmal bekräftigt<sup>2</sup>.

Medien berichten, dass sich auch Klima-Aktivisten mit den Linksextremisten verbünden und Anschläge planen<sup>3</sup>.

**Vorbemerkung der Landesregierung**

Zu den zugrundeliegenden Sachverhalten laufen zum Teil aktuell Ermittlungsverfahren. Grundsätzlich gilt, dass dabei alle Umstände, die für die Beurteilung des tatbestandsmäßigen Sachverhalts und für die Tataufklärung von Bedeutung sein können, weiter ermittelt werden müssen. Ziel ist es, ein beweissicheres Strafverfahren zu gewährleisten. Um das Erreichen dieses Ziels nicht zu beeinträchtigen oder wesentlich zu erschweren und schutzwürdige Interessen Dritter nicht zu verletzen, können Informationen und Hintergründe nach den Einzelheiten eines Sachverhalts (somit auch zu den Geschädigten) nicht oder ggf. nur in Teilen mitgeteilt werden. Anderenfalls bestünde die Gefahr, dem Ergebnis einer möglichen Hauptverhandlung vorzugreifen, durch eine Informationsbereitstellung potenzielle Auskünfte und Aussagen von Zeugen zu beeinflussen oder zu beeinträchtigen sowie den Opferschutz nicht angemessen gewährleisten zu können.

---

<sup>1</sup> <https://www.bild.de/regional/leipzig/leipzig-news/linksextremisten-eine-mio-euro-randale-schaden-fuer-jede-razzia-82982328.bild.html>

<sup>2</sup> [https://www.focus.de/politik/eine-million-euro-schaden-pro-haftjahr-nach-hafturteil-gegen-lina-e-droht-deutschland-linke-terrorwelle\\_id\\_195143921.html](https://www.focus.de/politik/eine-million-euro-schaden-pro-haftjahr-nach-hafturteil-gegen-lina-e-droht-deutschland-linke-terrorwelle_id_195143921.html)

<sup>3</sup> Vgl. <https://www.bild.de/regional/leipzig/leipzig-news/leipzig-an-tag-x-anschlags-pakt-von-klima-chaoten-mit-linksextremen-83647554.bild.html>; <https://www.nzz.ch/international/linksextremismus-in-deutschland-eine-unterschaetzte-gefahr-id.1739873>

**1. In welcher Höhe wurden seit Anfang des Jahres 2023 in Niedersachsen von Linksextremisten (insbesondere im Zuge des sogenannten Tag X und von „Free Lina“-Aktionen) Sachschäden verursacht (bitte aufschlüsseln nach jedweder Art der Sachbeschädigung unter Angabe des Tatorts und des jeweiligen Geschädigten)?**

Straftaten, die aus einer politischen Motivation heraus begangen werden, werden über den Kriminalpolizeilichen Meldedienst in Fällen politisch motivierter Kriminalität (KPMD-PMK) erfasst. Ausgehend von den Motiven zur Tatbegehung und den Tatumständen werden politisch motivierte Taten mindestens einem Themenfeld - aber soweit zutreffend auch mehreren Themenfeldern - zugeordnet sowie die erkennbaren ideologischen Hintergründe und Ursachen der Tatbegehung im Phänomenbereich abgebildet.

Statistische Erhebungen erfolgen unterjährig auf Basis des dynamischen Datenbestands des polizeilichen Vorgangsbearbeitungssystems (VBS). Sie unterliegen aufgrund der Regularien des KPMD-PMK fortlaufenden Veränderungen, sodass sich mit Blick auf die Fragestellung zu einem anderen Erhebungszeitpunkt ein anderer Sachstand ergeben kann. Die Aussagekraft konkreter Zahlen ist damit begrenzt.

Zur Beantwortung der Frage wurde im Rahmen des KPMD-PMK, bezogen auf den Phänomenbereich der PMK -links- mit Extremismusbezug, nach den statistischen Zähldelikten §§ 303 (Sachbeschädigung), 304 (Gemeinschaftliche Sachbeschädigung) StGB selektiert. Demnach wurden im Jahr 2023 bislang (Stichtag 13.06.2023) etwa 30 strafrechtlich relevante Sachverhalte zur Anzeige gebracht.

In Verbindung mit dem sogenannten „Tag X“ und „Free Lina-Aktionen“ ist in Niedersachsen im Bereich der PD Lüneburg bislang eine Sachbeschädigung durch Aufbringen u. a. des Schriftzuges „Free Lina“ auf eine Fahrbahn bekannt geworden. Zu den o. a. weiteren Sachbeschädigungen wurde im Rahmen der Ermittlungen bislang kein Bezug zu dem sogenannten „Tag X“ oder „Free Lina“-Aktionen polizeilich bekannt.

Durch die erhobenen Straftaten entstanden bislang Sachschäden in Höhe von insgesamt ca. 65 000 Euro. Für die Straftat mit „Free Lina“-Bezug wurde die Schadenshöhe auf etwa 200 Euro beziffert.

Die Tatorte verteilen sich auf die Zuständigkeitsbereiche aller regionalen Polizeidirektionen. Konkrete Angaben zu den Geschädigten können an dieser Stelle unter Verweis auf die Vorbemerkung nicht erfolgen.

**2. Welche Täter und welche Antifa- oder sonstige linksextremistischen Gruppierungen konnten als Urheber der entsprechenden Sachschäden ermittelt werden?**

Zu den erhobenen Sachbeschädigungen der PMK-links- mit Extremismusbezug konnten bislang drei Tatverdächtige/Beschuldigte ermittelt werden. Die bekannten Tatverdächtigen sowie die weiteren Sachbeschädigungen der PMK-links- mit Extremismusbezug werden seitens der zuständigen regionalen Polizeibehörden gegenwärtig keinen Antifa-Gruppierungen oder linksextremistischen Gruppierungen zugeordnet.

**3. Wie viele Ermittlungsverfahren wurden mit welchem Ergebnis, respektive Zwischenstand, aufgrund von Sachbeschädigungen durch mutmaßliche Linksextremisten im Jahr 2023 in Niedersachsen bisher eingeleitet?**

Bezüglich des in der Frage genannten Phänomenbereichs wurden seitens der niedersächsischen Polizeibehörden im Jahr 2023 aufgrund von Sachbeschädigungen bislang etwa 30 Ermittlungsverfahren eingeleitet (siehe Antwort auf Frage 1).

22 dieser Verfahren wurden bereits an die zuständigen Staatsanwaltschaften abgegeben. Auf Grundlage des zum Zeitpunkt der Abgabe jeweils bestehenden Ermittlungsstandes wurde durch die Staatsanwaltschaften keines dieser Verfahren wegen eines Verdachtes gegen „mutmaßliche Linksextremisten“ geführt. Dahingehende belastbare Anhaltspunkte haben sich auch im Folgenden bisher nicht ergeben.

21 dieser Verfahren wurden gemäß § 170 Abs. 2 StPO eingestellt. Die übrigen Verfahren sind noch bei den Strafverfolgungsbehörden anhängig.

**4. Welche Sicherungsmaßnahmen gab es durch die niedersächsische Polizei zur Verhinderung von für den sogenannten Tag X angekündigten Sachbeschädigungen?**

Die Polizei Niedersachsen nimmt fortlaufend eine Beurteilung der Lage vor. Vor dem Hintergrund der Einsatzlage in Leipzig wurden in Niedersachsen Ressourcen bereitgehalten und die nachgeordneten Bereiche sensibilisiert. Da es sich bei den näheren Details zur taktischen Aufstellung der Polizei um geheimhaltungsbedürftige Informationen aus dem Bereich der Sicherheitsbehörden handelt, können hierzu unter Verweis auf Art. 24 Abs. 3 S. 1 Alt. 2 der Niedersächsischen Verfassung keine weitergehenden Angaben gemacht werden.

**5. Erwartet die Landesregierung weitere Sachschäden, die auf die o. g. Verurteilungen zurückgehen? Falls ja, in welcher Höhe?**

Im Nachgang zur o. g. Urteilsverkündung des Oberlandesgerichts Dresden sind in Niedersachsen bislang keine Sachschäden polizeilich bekannt geworden.

**6. Hat die Landesregierung ein Konzept, um auf die Bedrohung aus dem linksextremistischen Spektrum, auch durch radikale Klima-Aktivisten, angemessen zu reagieren? Falls ja, welche Maßnahmen beinhaltet dieses?**

Die nachhaltige Bekämpfung der PMK hat für die Landesregierung höchste Priorität und bildet seit Langem einen Schwerpunkt im Rahmen der Aufgabenbewältigung und strategischen Ausrichtung der niedersächsischen Sicherheitsbehörden.

Die Art und der Umfang von Maßnahmen niedersächsischer Behörden orientieren sich an einer differenzierten Einzelfallbetrachtung. Neben einer konsequenten Strafverfolgung und Präventionsarbeit werden durch die zuständigen Behörden in enger Zusammenarbeit alle im Kontext einer effektiven Gefahrenabwehr als notwendig erachteten und rechtlich zulässigen Maßnahmen getroffen. Hierzu gehört beispielhaft ein regelmäßiger Erkenntnisaustausch auf Bund-Länder-Ebene in Bezug auf das Protestgeschehen und das Personenpotenzial.

Die aktuell bestehenden Konzepte zur Bekämpfung der politisch motivierten Kriminalität haben sich bewährt und werden fortlaufend hinsichtlich bestehender Fortführungs- und Aktualisierungsbedarfe in Bund und Ländern geprüft und nötigenfalls weiterentwickelt. Dazu werden auch die in Niedersachsen vorhandenen phänomenspezifischen Konzepte, wie z. B. das Mehrfach-/Gewalttäterkonzept PMK -links- sowie phänomenübergreifende Konzepte zur Bekämpfung der politisch motivierten Kriminalität mit sich entwickelnden Handlungsbedarfen abgeglichen und gegebenenfalls angepasst.

Darüber hinaus werden Maßnahmen und Programme, die der Prävention von Linksextremismus dienen, über den Landespräventionsrat im Rahmen des Landesprogramms für Demokratie und Menschenrechte initiiert. So wurde mit Mitteln des Landesprogramms im Jahr 2020 ein wissenschaftliches Gutachten zum Thema „Prävention von Linksextremismus in Niedersachsen, Ausmaß, Ursachen, Präventionsansätze“ gefördert (online abrufbar unter: Treskow, Baier (2020) Wissenschaftliche Analyse Prävention Linksextremismus (3).pdf).

Das Gutachten wurde im Rahmen einer Online-Konferenz durch den Landespräventionsrat am 23.11.2020 der Öffentlichkeit vorgestellt. Auf Grundlage der getroffenen Handlungsempfehlungen wurden und werden in der Folgezeit Projekte/Maßnahmen der Prävention von Linksextremismus mit Mitteln des Landesprogramms für Demokratie und Menschenrechte gefördert. Hierzu zählen:

- Die Bildungs- und Beratungsstelle „Phäno“. Sie soll pädagogische Fachkräfte der schulischen und außerschulischen Bildung im Umgang mit demokratiegefährdenden Einstellungen und Handlungen weiterbilden. Themen dieser Weiterbildungen sind Demokratiefeindlichkeit, Risiko- und Schutzfaktoren linksgerichteter Radikalisierung, aber auch Teilbereiche des Linksextremismus

wie Antisemitismus, Propagandastrategien oder Verschwörungsideologien. Daneben werden Workshops für die Polizei zu Entwicklungsprozessen linksgerichteter Radikalisierung und der Wirkung polizeilichen Handelns auf linksorientierte Szenen angeboten. Des Weiteren steht die Bildungs- und Beratungsstelle für Beratungsfragen zum Themenfeld „Linksextremismus“ zur Verfügung.

- Das Projekt „Politiklehrkräfte zur Radikalisierungsprävention befähigen - am Beispiel Linksextremismus“ (PolRapLi)“, welches konzeptionell am Lehrstuhl Politikwissenschaft/Didaktik der Universität Göttingen erarbeitet wurde und aktuell umgesetzt wird.

Die vorgenannten Praxiskonzepte wurden im Rahmen einer Fachtagung am 04.07.2022 in Hannover vorgestellt und mit Fachleuten/Multiplikatoren aus staatlichen sowie zivilgesellschaftlichen Organisationen diskutiert.

Zudem werden im Rahmen des Landesprogramms phänomenübergreifende und früh in der Entwicklung ansetzende Radikalisierungspräventionsmaßnahmen initiiert, die auch linksgerichteter Radikalisierung entgegenwirken. Hierzu zählt beispielhaft das auf Jugendliche ausgerichtete Programm „Blickwechsel“, mit dem Einflussfaktoren betrachtet werden, die das Risiko der Annäherung an eine Ideologie verringern sollen.

Ebenso phänomenübergreifend ausgerichtet ist das Projekt „Together for Tolerance“. Die Ziele des Projekts liegen in der Prävention von Gruppenkonflikten im Jugendalter, darauf aufbauenden Polarisierungen und der positiven Identitätsbildung von Jugendlichen. Das Projekt verfolgt einen universellen Präventionsansatz und entspricht damit auch den wissenschaftlichen Handlungsempfehlungen zur frühen und universellen Prävention von linksgerichteten Radikalisierungsprozessen.

Zudem fördert die Landesregierung bereits die Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen (FoDEX). Ziel von FoDEX ist die phänomenübergreifende Erforschung von Extremismus/Radikalismus mit dem Schwerpunkt Niedersachsen.

#### **7. Welche Verbindungen (jenseits bereits berichteter Unterwanderungsversuche) zwischen Klimaaktivisten und der sogenannten sowie anderen Linksextremisten sind der Landesregierung bekannt? Welche Bemühungen werden unternommen, um Verbindungen aufzudecken?**

Linksextremisten, vornehmlich Postautonome wie die „Interventionistische Linke“ (IL), versuchen, Einfluss auf die Klimaschutzbewegung zu nehmen, um diese für ihre eigenen Interessen zu instrumentalisieren und zu radikalisieren. Diese linksextremistischen Bemühungen werden als Teil der Arbeit des Niedersächsischen Verfassungsschutzes beobachtet. Ansonsten wird darauf verwiesen, dass die Klimaschutzbewegung kein Verdachts- oder Beobachtungsobjekt des Niedersächsischen Verfassungsschutzes ist.